

Deutsch-Syrische Gesellschaft e.V., Wilhelm-Breckow-Allee 20, 51643 Gummersbach

Herrn
Heiko Maas, Außenminister
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Deutsch-Syrische Gesellschaft e.V.

vertreten durch

Dr. Salem El-Hamid, Generalsekretär

Wilhelm-Breckow-Allee 20
51643 Gummersbach

Betr. „Joint Statement on the Ninth Anniversary of the Syrian Uprising“ 03/15//2020

Die Neuabfassung eines vom „U. S. Department of State“ versandten gemeinsamen Berichtes der Regierungen von Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich und der USA verweist schon in der Einleitung auf die grausamen und tödlichen Folgen dieses Kriegszustandes, der sich auf dem Territorium des syrischen Staates entwickelt hat. Als Schlussfolgerung wird eine Verurteilung der hierfür Verantwortlichen, eine neue Verfassung und Neuwahlen gefordert.

Allerdings irritiert, dass das „Joint Statement“ insinuiert, dass 5 Millionen Zivilisten von Regierungstruppen umgebracht wurden, während die Bedeutung der ungezählt eingeschleusten gut ausgerüsteten, bestens bezahlten und bedingungslos motivierten ausländischen Söldner keine Erwähnung findet. Eine selbst nur grob gehaltene Analyse der Herkunft dieser „Rebellen“ und deren finanzielle, politische und mediale Unterstützung würde sowohl den Beginn als auch die Aufrechterhaltung dieses Krieges in entscheidenden Punkten sachgerechter aufhellen und zum Verständnis dieser fatalen Entwicklung hilfreicher sein als nur die einsame Bemerkung über „Zehntausende, die für Menschenrechte“ auf die Straße gingen. Ein Prozess wegen „Vorwurfs des Vergehens gegen Menschenrechte“ gegen einen syrischen Geheimdienstmitarbeiter hat übrigens kürzlich am Oberlandesgericht in Koblenz, Deutschland seinen Anfang genommen, der möglicherweise in der Lage sein wird, zur Berechtigung dieser Vorwürfe Stellung zu nehmen.

Für das Verständnis der vergangenen neun Jahre , aber auch für die Strategieinitiativen für die unmittelbaren Zukunft erscheinen zwei Aspekte wichtig: Es gibt territoriale, globale, ideologische und religiöse auf Syrien gerichtete Interessen zahlreicher naher und entfernter Mächte, die sich in einer sehr labilen, komplexen und teilweise höchst bedrohlichen Gemengelage zu einander befinden. Viele dieser Begehrlichkeiten ließen sich bei einer weiteren Schwächung des syrischen Staates durchsetzen. Bedacht und erinnert werden muss an dieser Stelle, dass gleich qualifizierte Interessen in jüngerer Geschichte schon einmal sehr wirksam waren: sie haben in Libyen zu einem blutigen Machtwechsel in so drastischer unwürdiger Ausführung geführt, dass nicht zuletzt verantwortungsbereite

europäische Staaten gefragt sind, nach Wegen zu suchen, um eine solche Entwicklung in Syrien zu verhindern.

Der zweite Gesichtspunkt ist die aktuelle medizinische und wirtschaftliche Engpasssituation der syrischen Bevölkerung, die eine sehr rasche Abhilfe zwingend erforderlich macht. Eine rasch wirksame Akutmaßnahme bietet sich durch eine Aufhebung des Wirtschaftsboykotts an, zu allererst von den Unterzeichnerstaaten des Joint Statement. Nur unter den realen und psychologischen Rahmenbedingungen eines möglich gemachten wirtschaftlichen Wiederaufbaus können der in dem „Statement“ geforderte Wahlkampf und/oder Verfassungskonvent in Angriff genommen werden. Reste von Rebellenideologien werden unter der Aussicht auf eine neue Verfassung und auf eine unter UNO-Aufsicht gewählte Regierung sich wohl bald bürgerlichen Zielen zuwenden.

Unter dem Handlungsdruck, akute Maßnahmen zur Stabilisierung Syriens und seiner Bevölkerung ergreifen zu müssen, ist die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit der aktuellen Regierung natürlich unausweichlich, damit die Formalien der Boykottaufhebung und die Vorbereitungen/Rahmenbedingungen von Wahl und/oder Verfassungskonvent festgelegt werden können. Auch die USA dürften sich nicht gegen einen solchen diplomatischen Schritt wehren, nachdem Präsident Trump mit einem tweet zitiert werden darf, dass die Europäer ihre Nahostprobleme doch selber lösen sollten, wenn sie sich über den Rückzug amerikanischer Truppen aus Syrien enttäuscht fühlen.

Es gäbe die Alternative, den derzeitigen Zustand zu belassen. Man müsste mit ungewissen Zeitabschnitten rechnen bis etwa Präsident Bashar al-Assad aus Einsicht oder aus Altersgründen abtritt oder bis die benachbarten „Freunde der syrischen Menschen“ eine territoriale und/oder religiös-humanitäre Initiative ergreifen. Das Gespenst eines unkontrolliert-blutigen entwürdigenden Machtwechsels analog zu Libyen mit nachfolgenden hochvariabel möglichen Territoriumskonflikten könnte Realität werden.

Die Bundesrepublik Deutschland sollte jeden denkbaren Weg nutzen, um dazu beizutragen, dass ein solche Zukunft für Syrien vermieden wird.

Wir appellieren deswegen dringend an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, zu prüfen,

- ob die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Syrien zur Linderung der derzeitigen erheblichen medizinischen und wirtschaftlichen Versorgungsnot beitragen kann,
- ob mit Verbesserung der wirtschaftlich-materiellen Lage auch die innere Sicherheit und somit die innenpolitischen Lage Syriens ruhiger werden kann,
- ob unter diesen Voraussetzungen die Vorbereitungen für eine UNO-beobachtete Neuwahl und Verfassungsänderung geschaffen werden können und
- ob sich die diplomatische (Wieder-)Anerkennung der derzeitigen syrischen Regierung auch im Hinblick auf eine Neuwahl als ein Beitrag zur dringend notwendigen Beruhigung der politischen Lage in Nahost erweisen könnte.

Für den Vorstand der Deutsch-Syrischen Gesellschaft

Dr. Salem El-Hamid

Prof. Dr. Wolfgang Entzian